AUGUST / SEPTEMBER 2020

Erinnerung, Mahnung und Begegnung

Demokraten und Antifaschisten verschiedener weltanschaulicher und politischer Positionen sowie sozialer Herkunft erinnern im September der Opfer des deutschen Faschismus, verbunden mit dem Gedenken an die Opfer rechtsradikaler Gewaltakte heute.

In Chemnitz

75 Jahre Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus auf dem Städtischen Friedhof in Chemnitz. Die VVN/BdA hatte zu diesem Jubiläum aufgerufen, um es den Opfern der faschistischen Gewalt zu gedenken. Bereits vordem waren die Antifaschisten bei einer Kundgebung zu Weltfriedenstages auf dem Chemnitzer Neumarkt präsent.

In seiner Rede unterstrich Enrico Hilbert, der Vorsitzende des Stadtvorstandes der VVN/BdA: Noch einmal soll es betont sein, daß dieser Ort seit 75 Jahren besteht, ein Ort der uns und Nachgeborenen Anhalt gibt, geben kann, nicht zu vergessen – die Menschen, deren Namen in den Steinen verewigt sind haben nicht allein nur gekämpft, gelitten – sie haben gelebt und geliebt, hatten Familien und Freunde – waren nicht unfehlbar – doch sie haben sich im entscheidenden Momenten des Daseins entschieden, gegen die Unterdrückung, die Tyrannei und Unrecht aufzubegehren, mit dem Mut der persönlichen Verantwortlichkeit.

WER UND WAS IST ZU FEIERN? WER UND WAS WIRD GEBRAUCHT? AN WEN UND AN WAS IST NOCH ZU ERINNERN?

Seit Anfang September bis November werden in 42 Kommunen in Sachsen neue Bürger- und Oberbürgermeister gewählt, allein 20 davon am 20. September. Zum Beispiel in Zwickau und Chemnitz. Der Posten an der Verwaltungsspitze der drittgrößten Stadt des Landes, um den sich neun Kandidaten bewerben, ist ohne Zweifel der prestigeträchtigste, der in diesem Herbst zu vergeben ist.

Und zudem ist in Deutschland Feiern angesagt. 30 Jahre Einheit in Potsdam, der Landeshauptstadt des Bundeslandes, das derzeit für die Ausrichtung solch eine Feier zuständig zeichnet.

Im Gleichklang damit und zuvor will sich und hat der Freistaat Sachsen präsentiert. Mit einem Festakt im Auer Erzgebirgsstadion feierte der Freistaat Sachsen die Wiedergründung vor 30 Jahren.

Mit Bergmusik und Staatskapelle: Freistaat feiert 30 Jahre Wiedergründung

Der Berichterstatter der Freien Presse notiert über die Veranstaltung:
Obendrein könnte man sich, "so man es nicht besser wüsste, an diesem Samstagabend im Erzgebirgsstadion Aue auf einem Parteitag wähnen."
Im Erzgebirgsstadion lobte West-Ministerpräsident Laschet: "Es hat sich gelohnt" und sein sächsischer Amtskollege Kretzschmer : "Wir Sachsen haben allen Grund zur Freude"

Bei aller Freude

Zu kurzes Gedächtnis, wenn noch im gleich benachbartem Lößnitz Nazi-Glocken erklingen?

Thiemo Kirmse, Chemnitz:
Die Relativierung des Faschismus' besteht in der Mitte der Gesellschaft. Ein Beispiel liefert die Kulturhauptstadt- Bewerbung Chemnitz.
Das jüngst erschienene Amtsblatt der Stadt Chemnitz veröffentlicht einen Reiseplan für Kinder durch die Kulturregion Chemnitz anlässlich der Kulturhauptstadtbewerbung. Darin enthalten ist auch unter **Top 14 die Stadt Lößnitz im Erzgebirge,** was ja nicht weiter schlimm wäre, wenn nicht ausgerechnet das Augenmerk auf das historische Glockenspiel gelenkt würde. Dieses Glockenspiel wurde von der Chemnitzer Firma Pfauter (nicht verklärenderweise von der in Lößnitz geborenen Clara Pfauter, wie propagiert) 1939 der Stadt Lößnitz gestiftet, und das zu Ehren von Adolf Hitler und dem Faschismus. Die Inschriften einiger Glocken zeugen davon: "Ein Volk" , "Ein Reich" , "Ein Führer".
Eine andere Glocke lässt Adolf Hitler jubilieren: "Wir danken in dieser Stunde dem Allmächtigen, dass er uns auf dem Wege in der Vergangenheit gesegnet hat und bitten ihn, dass er auch in Zukunft unseren Weg zum Guten geleiten möge. Adolf Hitler am 23.10.1938 ".
Und die Glockengießer aus Apolda huldigen ihren "Führer" mit dem Text: "Im Jahre 1938, als unter Adolf Hitlers Führung Österreich die Ostmark Großdeutschlands wurde und Sudetenland heimkehrte ins Reich, gegossen von Franz Schilling &Söhne, Apolda" - natürlich verziert mit Hakenkreuzen.
Stöbert man auf den Webseiten der Stadt und des Glockenvereins, ist all dies mit keinem Wort erwähnt.
Es gab, angeregt durch den VVN-BdA Chemnitz, in der Vergangenheit eine intensive Diskussion um dieses Glockenspiel. Die Forderung war, die belasteten Glocken auszutauschen. Der Stadtrat in Lößnitz stimmte, auch unter den vielen Manipulationsversuchen des Bürgermeisters Alexander Troll, und des Gemeindepfarrers, dagegen. Selbst die Fraktion die LINKE hatte ihren eigentlichen Antifaschismus vergessen. Die Begründung: Das sei nunmal Zeitgeist gewesen.
Die Firma Pfauter wurde nach dem Krieg wegen Kriegsverbrechen enteignet. Sie betrieb in Chemnitz zwei Zwangsarbeiterlager und ein Kriegsgefangenenlager.
Ausbeutung von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, Huldigung Adolf Hitlers und damit der Kriegsverbrechen werden damit von Lößnitzer BürgerInnenvertretern relativiert und verharmlost.
Wenn Chemnitz nun dieses Glockenspiel mit in die Kulturhauptstadtbewerbung einbezieht, haben sich die Verantwortlichen für diese Bewegung mit der Geschichte nicht auseinander gesetzt, obwohl die Diskussion um das Glockenspiel medial präsent war und der Stadtverwaltung in Chemnitz nicht entgangen sein kann.
Wir, der VVN-BdA-Chemnitz, fordern die Verantwortlichen für die Kulturhauptstadtbewerbung auf, sich intensiv mit der Geschichte des Lößnitzer Glockenspiel zu befassen (wir können dabei eine große Hilfe sein) und nicht zuzulassen, dass dieses mit Hakenkreuzen und Nazisprüchen beschriftetes Glockenspiel in die Kulturhauptstadtbewerbung einbezogen wird.

Wenn es dem Esel zu wohl wird,
geht er aufs Eis tanzen
Vaatz bleibt Rößlers Mann

Für den Präsident des Sächsischen Landtages, Matthias Rößler, (CDU) hätte es offenbar keinen geeigneteren Festredner für die traditionelle Feierstunde am 3. Oktober im Landtag geben können als Arnold Vaatz (CDU). Bei Linken, SPD und Grünen stößt das auf Widerspruch. Rico Gebhardt, Linken Fraktionsvorsitzender: Vaatz sei keine „geeignete Persönlichkeit, um an diesem Tag und an dieser Stelle das Wort zu ergreifen".

Wer ist Vaatz? Wir erinnern

Mit militanten Antikommunisten und Terroristen für die Menschenrechte

u.v.a.m.

• Der Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz hat das lukrative Geschäft entdeckt, "Freiheit für Kuba" zu fordern

Seite 10

• Kubanisch-Amerikanische Nationalstiftung
• Internationales Komites für Demokratie in Kuba
• Alpha 66
• Radio Martí
• TV Martí
• José María Aznar
• Vaclav Havel
• Huber Matos
• Caleb MacCarry
• Frank Calzón
• Carlos Alberto Montaner
• Angel Francisco de Fana Serrano

Im Jahr 2005 stattete er Kuba einen kurzen Besuch ab, der sich nicht zu der Show gestalten ließ, die vorgesehen war.

Er steigerte die Zahl seiner bezahlten Auftritte und war vor einigen Monaten einer der "Star"-Referenten auf dem von der ICDC in Brüssel einberufenen Forum, zusammen

Das Letzte der antikubanischen Laufbahn des Abgeordneten Vaatz: er benutzt jetzt seine parlamentarischen Privilegien, um in Berlin die Durchführung einer Veranstaltung zu fördern, die europäische Persönlichkeiten mit den bekanntesten und ehrlosesten Vertretern der Terroristenfauna Miamis vereinen soll - mit Orientierung, Finanzierung und logistischer Unterstützung von Washington. Eine Geschichte, die verfolgt werden muß. •

Und wir erinnern auch an die Veranstaltung in Aue. **7. September 2020**
Freie Presse - Berichterstatter:
Da begrüßt der CDU-Landrat (Frank Vogel) den CDU-Landtagspräsidenten (Matthias Rößler) und den bislang einzigen CDU-Mann, der es trotz Freistaat zum König brachte (Kurt Biedenkopf). Dann sprechen Biedenkopfs Nach-Nach-Nachfolger (Michael Kretschmer) und dessen westdeutscher Amtskollege (Armin Laschet) mit gleichem Parteibuch Grußwörter, bevor CDU-Oberbürgermeister (Heinrich Kohl) Ehrungen für verdiente Sachsen bereithält. ...in der CDU den Eindruck entstehen ließen, Freistaat Sachsen und CDU Sachsen seien ein und dasselbe. ... Jegliche Stimmen, die nicht aus ihren Reihen kamen, verstand die CDU damals, als lästige Störgeräusche einfach auszublenden.

Und wir erinnern an den Festakt des Sächsischen Landtages zur Vorstellung der Sächsischen Verfassung (27.5.1992)

Zwei Möglichkeiten für das Herangehen an die Erarbeitung der Landesverfassung hatten Sachsens Parlamentarier gehabt: Entweder im Grundansatz davon auszugehen, daß dieses sächsische Volk einen ganz spezifischen Weg hinter sich hat - mit 40, 30 oder 20 Jahren erlebter DDR und einem Jahr Wendezeit -und daß ihm deshalb eine Verfassung zusteht, die in Inhalt und Semantik diese Erfahrungen widerspiegelt und sich in ihrer Modernität den Lebensfragen des ausgehenden 20. Jahrhunderts stellt. Oder: sich ziemlich stur an der Verfassungsgeschichte, dem herkömmlichen Rechtssystem der Alt-BRD und am Level des über 40 Jahre alten Grundgesetzes zu orientieren.
Bis auf unsere Fraktion entschied man sich für den letzteren Weg. Er führte dazu, daß eine Verfassung entstand, die den sächsischen Bürgern eher ihre Identität nimmt als eine neue gibt. Eben weil ihnen mentalitätsfremde Moral- und Wertvorstellungen der Alt-BRD aufgedrückt werden. Indem beispielsweise das „Sittengesetz" die Grenze für eine freie Persönlichkeitsentfaltung

darstellt (Artikel 14), die Jugend in „Ehrfurcht" erzogen werden soll (Art. 102), außerhalb einer Ehe geborene Kinder nicht ausdrücklich die gleiche Rechtsstellung haben sollen wie eheliche. In der Konsequenz bleibt diese sächsische Verfassung im Grundansatz ein knappes Menschenalter hinter der Brandenburgischen zurück. Letztlich waren es fünf prinzipielle Gründe, die uns die Zustimmung zur Verfassung unmöglich machten:

1.Weil diese Verfassung Geschichtsverfälschung zur Verfassungsdoktrin erhebt, indem bereits in der Präambel eine Gleichsetzung von Faschismus und DDR-Ära vorgenommen wird, mit der Formulierung: „... ausgehend von den leidvollen Erfahrungen nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft..."

2. Weil diese Verfassung im Gegensatz zur Brandenburger keine durchsetzbaren sozialen Rechte in denFragen beinhaltet, die elementare Voraussetzungen für menschenwürdiges Dasein sind. Nämlich: das Recht auf Arbeit oder „ersatzweise" den Rechtsanspruch auf Umschulung, berufliche Weiterbildung und Unterhalt.

Das Recht, menschenwürdig zu wohnen mit der Zusicherung, niemals der eigenen Wohnung verwiesen zu werden, ohne das Ersatzwohnraum zur Verfügung steht.

Das Recht auf Bildung ohne Altersgrenzen und Staatstreueprüfungen.

Das Recht, bei Bedürftigkeit eine soziale Grundsicherung zu genießen ohne entwürdigende Anspruchsprüfungen.

3. Weil die ökologische Dimension nicht ausreicht, die existentiellen Umweltfragen in einem Artikel „abgetan" werden und der ökologische Umbau der Gesellschaft nicht zumindest zum Staatsziel erklärt wird.

4. Weil diese Verfassung in ihren Regelungen zur Volksgesetzgebung, zur direkten Teilhabe der Bürger an der politischen Gestaltung und Machtausübung überhaupt, spärlich und zudem demagogisch ist. Weil beispielsweise für ein Volksbegehren, zu einem bestimmten Gesetz einen Volksentscheid durchzuführen, mit 450000 Unterschriften ein Quorum vorgesehen ist, das nach allen Erfahrungen in der Alt-BRD so gut wie kaum erreichbar sein wird.

5. Weil wir es für einen Treppenwitz der Geschichte halten, daß dieses „wendeerfahrene" sächsische Volk sich nicht selbst per Volksabstimmung seine Verfassung geben darf, obgleich in der Präambel behauptet wird „Anknüpfend an die Geschichte ... hat sich das Volk im Freistaat Sachsen ... diese Verfassung gegeben."

Wir können nicht akzeptieren, daß sich 160 Landtagsabgeordnete selbst zum „Volk" ernennen und 4,7 Millionen Sachsen „verfassen".

Verfassung des Freistaates Sachsen / 27. Mai 1992 / Herausgeber: Sächsischer Landtag, Pressestelle unter Beteiligung derr Sächsischen Staatskanzlei, Pressestelle sowie der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung

Ambivalente Nachrichten für die sächsische Gedenkstätten-Arbeit

Von Ulrich Schneider

Es war sehr selten, dass aus Sachsen gute Nachrichten in der Gedenkstättenarbeit kamen. Das lag nicht an den engagierten Menschen, die sich für die historische Erinnerung einsetzten, sondern in erster Linie an der landespolitischen Ebene, auf der Antifaschisten unterschiedlicher Überzeugung bei ihrer regionalen Gedenkarbeit immer wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen wurden.

Dazu beigetragen hat auch die Personalie Siegfried Reipich, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, der seine Tätigkeit nicht als Unterstützung oder Ansprechperson für engagierte Initiativen verstand, sondern glaubte - im Sinne eines Eckhard Jessen u. a. - totalitarismustheoretische Vorgaben durchsetzen zu müssen. (Siehe auch bereits in ANGEMERKT / GENAU GESEHEN JULI II)

Seit Juli 2020 wurde Reiprich „mit sofortiger Wirkung unwiderruflich" von seinen Aufgaben freigestellt, erklärte Kulturministerin Barbara Klepsch (CDU) als Vorsitzende des Gremiums. Das Fass zum Überlaufen brachten seine Twitter-Kommentare zu den Jugendkrawallen in Stuttgart Ende Juni 2020, zu denen er schrieb: „War da nun eine Bundeskristallnacht oder ‚nur' ein südwestdeutsches Scherben-nächtle?"

Schlimm eigentlich, wenn erst nach der Entgleisung des Siegfried Reiprich in Sachsen bemerkt wurde, wen man hier an die Spitze der Gedenkstättenstiftung gesetzt hat.

„Diese Äußerungen sind untragbar. Der Vergleich der Stuttgarter Ausschreitungen mit den staatlich organisierten und gelenkten Novemberpogromen, bei denen 800 Jüdinnen und Juden starben, 30.000 in Konzentrationslager gesperrt und über 1.400 Synagogen, Wohnungen und jüdischen Friedhöfe zerstört wurden, ist in hohem Maße geschichtsvergessen und relativiert die Verbrechen des NS-Regimes.

Wendepunkte deutscher Geschichte

Von Egon Krenz

Kaum waren die Corona - Beschränkungen gelockert, stand ein Ehepaar aus Bochum an meinem Gartenzaun. Die Urlauber waren auf dem Deich an meiner Wohnung vorbei geradelt. Von Wustrow kommend in ihr Ferienquartier ins Ostseebad Dierhagen. Eigentlich, so die Ehefrau, wollten sie zu Herrn Gauck. Sie hätten ihn in seiner Wohnung in Wustrow nicht angetroffen. Nun würden sie gern mit mir über die DDR plaudern.

Als Gesprächspartner könne ich aber kein Ersatz für Herrn Gauck sein, antworte ich. Von dort, wo er sich in Wustrow gelegentlich aufhält, bis zu mir seien es zwar nur knapp fünf Kilometer, politisch und menschlich lägen jedoch Welten zwischen uns. Wieso das? fragt die Frau etwas arglos, er sei doch auch ein „Ossi“.

Ja, sage ich, territorial stimme das sogar. In Wustrow sei er aufgewachsen. Ich zeitgleich unweit von hier, in Damgarten. Dennoch hätten wir die DDR schon als Kinder völlig unterschiedlich wahrgenommen. Ich wolle nicht urteilen, ob dies damit zusammenhänge, dass seine Eltern aktive NSDAP-Mitglieder schon der ersten Stunde waren, während meine Mutter mit den Nazis nichts zu tun hatte. In einer seiner Reden habe Gauck etwas gesagt, was eine Antwort darauf sein könne: Als er aufwuchs, meinte er, habe es in seinem Haushalt noch die „patriotische Literatur über deutsche Kriegshelden, die Seekriegsflotte, U-Boot-Helden oder die berühmten Jagdflieger gegeben“[1]. Der Mann, erinnerte ich, sei Jahrgang 1940. Kaum anzunehmen, dass er schon als Vier- oder Fünfjähriger diese Literatur las. Eher wahrscheinlich, dass er damit auch später Umgang hatte. In meinem zu Hause gab es solche faschistische Literatur nicht. In der Schule schon gar nicht. In der DDR war sie auch verboten. Ich wäre auch nicht auf die Idee gekommen, von „deutschen Kriegs- und U-Boot- Helden und „berühmten Jagdflieger(n) “ zu sprechen und solche Schriften auch noch Jahrzehnte später „patriotisch“ zu nennen.

Er sei doch aber Bundespräsident geworden, entgegnete der Ehemann. Ja, sage ich, das war für die politisch Herrschenden in der Bundesrepublik sogar ein großer Glücksfall. Endlich hatten sie jemanden aus der DDR, der über diesen Staat richtet wie die Konservativen im Westen es immer getan haben: Aus antikommunistischer Weltsicht. In einer Fernsehsendung habe Herr Gauck kürzlich bekannt, immer schon „westdeutsch“ gedacht zu haben. „Westdeutsch“ lässt sich die DDR aber kaum unbefangen erklären. Vorurteilsfreies Zeitzeugnis über das tatsächliche DDR-Leben ist so kaum möglich. Wenn er über die DDR philosophiert, meistens im Plural. Sein „WIR“, klingt so, als könne er sich anmaßen, für alle DDR-Bürger zu sprechen, gewissermaßen hoch zu Ross. Ich nenne das historischen Hochmut.

---

[1]Rede des Bundespräsidenten am 3. August 2014 auf einer Gedenkveranstaltung in Frankreich.

„Dennoch“, so der Gatte, der Herr Pfarrer habe aber für „die Freiheit in der DDR gekämpft“. Dazu könne ich aus eigenem Wissen nichts sagen, entgegnete ich. Ich hätte darüber nie etwas erfahren, obwohl ich in der DDR- Hierarchie ziemlich weit oben gestanden und sehr viel gewusst hätte. Mir sei nur bekannt, dass er im Oktober 1989, als die Messen längst gelesen waren, auf den fahrenden Zug aufgesprungen ist.

Meinen Gästen sage ich, dass mich der bekannte DDR-Dramatiker Heiner Müller noch kurz vor seinem Tod in Berlin besucht habe. Der stehe ja nicht im Verdacht, Parteikommunist gewesen zu sein wie ich. Ich teile aber sein Urteil über die Art und Weise, wie in Deutschland mit der DDR-Vergangenheit umgegangen werde: „Der historische Blick auf die DDR“, so der berühmte Dichter, „ist von einer moralischen Sichtblende verstellt, die gebraucht wird, um Lücken der eigenen moralischen Totalität zu schließen.“ Und weiter: … „auf den toten Gegner kann man jedes Feindbild projizieren, das vom Blick in den Spiegel abhält.“[2] Er ließ an Deutlichkeit nichts vermissen, sprach gar von seinem „Ekel an der Heuchelei der Sieger des Kalten Krieges.“[3] Als er dies geschrieben habe, bedeutete mir Heiner Müller, habe er an den Aktenverwalter Gauck gedacht.

Es sei ein Denkfehler, anzunehmen, sage ich, die DDR sei vierzig Jahre nur gegen das Volk regiert worden. Es gab viel Zustimmung - beispielsweise beim Volksentscheid 1968 über die DDR-Verfassung, die nach gründlicher Volksausprache von 94,5 % der Bevölkerung bestätigt wurde. 1974 bekundeten nach Untersuchungen des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig 45% der jungen Arbeiter völliges Vertrauen in die Politik der SED, weitere 43% mit Einschränkungen, nur 12% kaum oder überhaupt nicht[4]. Beim Systemvergleich DDR/Bundesrepublik schneidet die DDR bis heute nicht schlechter, eher von Jahr zu Jahr besser ab. Das gelte nachweislich in Bezug auf die soziale Sicherheit, die Betreuung der Kinder, das Verhältnis der Menschen untereinander, die Förderung der Familie, den Schutz vor Kriminalität, die Schulbildung, die soziale Gerechtigkeit[5]. Aber es gab auch Zeiten, da war das Vertrauensverhältnis zwischen dem Volk und der DDR-Führung gestört. 1989 war es auf einem Tiefpunkt. Die Partei- und Staatsführung hatten die Veränderungen in der Stimmung nicht richtig wahrgenommen und nicht angemessen auf ihre Kritik reagiert. So kam es zum politischen Umbruch, der anfangs auf eine Demokratisierung der DDR setzte und erst durch erheblichen Wahlkampf bundesdeutscher Politiker in der DDR und ihre Versprechungen über „blühende Landschaften“ mit dem Anschluss der DDR an die BRD endete.

Die DDR sei aber wesentlich bunter gewesen als sie heute denunziert werde. Würde man glauben, was die sogenannten Aufarbeiter über die DDR verbreiten, wären ihre Bürger einst nur ein Millionenhäuflein gegängelter Kreaturen, eingesperrt hinter einer Mauer mit einer schrottreifen Wirtschaft, umgeben von „Mief und Muff und Spitzeln der Staatssicherheit“. So undifferenziert dürfe man über Geschichte nicht sprechen. Mein Rückblick auf die DDR sei auch nur einer unter vielen, sage ich. Auch deshalb kritisiere ich jene, die so tun, als sei ihr DDR-Bild das einzig richtige. Niemand habe das Recht, sich allein die Deutungshoheit über die DDR anzumaßen, auch Bundespräsidenten nicht. Die DDR hatte zum Schluss ca. 16 Millionen Einwohner. Jeder von ihnen hat seine DDR-Erfahrungen.

Vor einiger Zeit hätte ich in einem Café meiner Heimatstadt gesessen, berichtete ich. Ein Mann vom Nebentisch habe mir eine Serviette gereicht, die an meinem Tisch fehlte. Ich dankte: „O, das ist aber aufmerksam“. „Ja“, antwortete mein Gegenüber, „die Aufmerksamkeit füreinander, das gelebte Miteinander, das wir zu DDR - Zeiten kannten, ist verloren gegangen. Das Menschliche ist weg, seit es die DDR nicht mehr gibt“. Das

[2] Heiner Müller, Das Liebesleben der Hyänen, Vorwort.
[3] Ebenda
[4] Quelle: Professor Walter Friedrich: Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig. Berlin: edition ost 1999, S. 140

[5] Vergleiche: Professor Peter Förster, Zentralinstitut für Jugendforschung, Sächsische Langzeitstudie.

hätte mich stark aufgewühlt, bemerkte ich, wie auch ein Brief, den mir ein 56 - jähriger Mann schrieb, der 1990 eine Firma gegründet hatte und mir nun auf zwei Briefseiten schilderte, wie gut es ihm geht in der neuen Bundesrepublik. „Es scheint alles Bestens“, endete er sein Schreiben, „und doch bleibt tief im Herzen immer noch der Wunsch nach einer gerechten, friedlichen und vernünftigen Welt.“

Solche solidarische Grundhaltung von Menschen aus der DDR nennt Herr Gauck nun „Gegenwehr der Unterdrückten.“ Wie weit weg muss jemand vom wirklichen Leben in der DDR gewesen sein, um solche pauschalen Urteile über sehr unterschiedliche Menschen zu fällen? Die Masse der kleinen und großen Lügen, die nun schon Jahrzehnte über die DDR verbreitet werden, sage ich, sei aus meiner Sicht ein politischer Mord an individuellen Erinnerungen eines großen Teils von DDR-Bürgern.

Als sich meine spontanen „Zaungäste“ aus dem fernen Bochum verabschieden, bedankten sie sich für eine - wie sie äußerten - „interessante Geschichtsstunde über die DDR“. Dennoch würden sie anderntags noch einmal versuchen, Herrn Gauck zu treffen. Ich wünschte Erfolg. Er habe ja ein Buch über Toleranz geschrieben, die ich allerdings in Bezug auf Bürger, die anders über die DDR denken als er, nicht erkennen könne. Denen gegenüber, bekannte er erst kürzlich wieder, habe er „sehr starke Antigefühle.“

Just zu dieser Zeit, als der Altbundespräsident seine „starken Antigefühle“ wieder einmal ausbreitete, erhielt ich die Einladung der GBM, mich an dieser Broschüre aus Anlass des 30. Jahrestages des Anschlusses der DDR an die BRD zu beteiligen. Ich tue es gern. Während der Mainstream mutmaßlich schon wieder Wochen vorher den üblichen Jubel anstimmen wird, ist alternative Erinnerung ein Beitrag zur historische Wahrheit. Wenn ich von „wir“ rede, meine ich jene Mitbürger, deren Blick auf die Vergangenheit nicht von Böswilligkeit, Verdächtigungen, Rachsucht oder Eitelkeit geprägt ist.

Wenn wir uns der DDR erinnern, dann doch nicht, weil wir etwas eins zu eins zurück haben wollen, was vor dreißig Jahren aus der Geschichte gedrängt wurde, sondern weil wir wie eh und je der Zukunft zugewandt sind, wie es in unserer Nationalhymne hieß; weil wir wollen, dass unsere Kinder, Kindeskinder und deren Nachkommen in einer gerechten Gesellschaft in Frieden und in sauberer Umwelt leben. So ungerecht und kriegerisch wie diese Welt ist, darf sie nicht bleiben. Dafür sind die Erfahrungen der DDR unerlässlich – die guten wie die schlechten! Die Zeithistoriker jedoch analysieren die DDR nicht, sie sind damit beschäftigt, sie zu verfluchen.

Wir erinnern uns nicht als Nostalgiker, auch nicht als „Ostalgiker“, einem Modewort, das nur benutzt wird, um unsere Erinnerung und Besinnung an Werte der DDR zu denunzieren. Wir sind auch keine Ignoranten, die nicht sehen wollen, dass auch seit 1990 viel geleistet wurde. Wir glorifizieren die DDR nicht. Nein, wir sind wache Zeitgenossen, die Erfahrungen aus zwei gesellschaftlichen Systemen haben und dadurch gut vergleichen können, was die DDR wirklich war und was ihr blinde Wut und Hass an Schlechtem andichten.

Nicht allein, aber wesentlich, sind die angehäuften Gegensätze zwischen West und Ost in den vergangenen 30 Jahren auch entstanden, weil die Geschichte der DDR entstellt wird. Ich wundere mich immer wieder, wenn aktuelle Politiker behaupten, es gebe die Ungleichheit ja nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen Nord und Süd und auch zwischen den Bundesländern der alten Bundesrepublik. Ein ziemlich simpler Blick zurück. Die DDR war in ihrem Wesen nie nur eine Frage der Himmelsrichtung, sondern immer der konträren Gesellschaftsordnung, Teil eines Weltsystems, in dem grundlegend andere Regeln galten als in der

Bundesrepublik. Wer das nicht beachtet, muss zwangsläufig zu Fehlurteilen kommen.

Als ich Anfang der neunziger Jahre Gorbatschow traf, um ihn zu informieren, dass die bundesdeutsche Justiz über 100 000 Ermittlungsverfahren gegen DDR-Bürger eingeleitet hatte, erzählte er mir von einem Gespräch mit Bundeskanzler Kohl. Der habe ihm gesagt, wirtschaftlich werde man die deutsche Einheit schnell meistern, aber „Michail Sergejewitsch, wir sind da drüben im Osten einem fremden Volk begegnet. Die sind ganz anders als wir." Abgesehen von den unrealistischen wirtschaftspolitischen Vorstellungen Kohls, offenbart seine späte „Erkenntnis" über das Volk der DDR, dass die politische Elite der alten Bundesrepublik eigentlich nie richtig wusste, was das DDR-Volk im Innersten bewegte. Sie hat sich dafür auch nie richtig interessiert. Ihr ging es immer nur um eigenen Interessen. Das hat sich auch nach 30 Jahren nicht verändert.

Nachdem wir vor einem Jahr an die Gründung der DDR vor sieben Jahrzehnten erinnert hatten, tönte es durch bundesdeutsche Medien: „Parallelwelt zelebriert Gründung der DDR. Alt-Stalinisten und Nostalgiker glorifizieren DDR-Diktatur." So wird permanent in Frage gestellt, ob die in der DDR Geborenen überhaupt noch das Recht haben, dem von der Bundesrepublik staatlich verordneten DDR-Geschichtsbild[6] mit eigenen Erfahrungen zu widersprechen, ohne deshalb ins politische und moralische Abseits gestellt zu werden.

Nach dem Grundgesetz soll ja die Würde aller Deutschen unantastbar sein, folglich auch derjenigen, die bis 1990 in der DDR gelebt haben. Wie aber soll das funktionieren, wenn jene, für die die DDR Heimat war, als „Parallelwelt" ausgegrenzt und mit demütigenden Etiketten entwürdigt werden. Es ist dies die praktische Fortsetzung dessen, was ein Westberliner Professor namens Baring 1991 ideologisch vorgegeben hatte: Die DDR habe, so sein Fehlurteil,» fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzwergt, ihre Erziehung, ihre Ausbildung verhunzt«. Sein Schluss: » Ob sich heute dort einer Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal: Sein Wissen ist auf weite Strecken unbrauchbar […]".[7] Solche Deklassierung verstößt nach meiner Meinung gegen das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes. Ungeachtet dessen assistierte Herr Gauck dem Ideologen aus dem Westen: »**Wir** konnten nicht zulassen, dass die sozialistischen Globkes in ihren Ämtern und Positionen in Staat und Gesellschaft blieben«, verkündete er. Dies war eine unglaubliche Gleichsetzung von Tausenden entlassenen Lehrern, Wissenschaftlern, Juristen und Angestellten der DDR mit dem unter Konrad Adenauer als Staatssekretär in das Bundeskanzleramt geholten Mitautor des Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen, die den Mord der Nazis an Juden, Sinti und Roma legitimiert hatten. Um noch einmal in Erinnerung zu rufen, mit welchem Mordgesellen die DDR-Verantwortlichen durch Herrn Gauck verglichen wurden: Globke war Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium der Nazis. Er schrieb: „Die Juden müssen sich damit abfinden, dass ihr Einfluss auf die Gestaltung des deutschen Lebens ein für alle Mal vorbei ist". Übrigens: Nach vorliegenden Untersuchungen wechselten die Nazis 1933 elf Prozent der Eliten der Weimarer Republik aus. In Westdeutschland wurden 1945 dreizehn Prozent der Nazikader entfernt. Nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik schickte die neue bundesdeutsche Herrschaft 85 Prozent der DDR-Eliten ins berufliche und damit oft auch ins soziale Aus.

Meines Wissens hat niemand aus der Bundesregierung je solchen Diskriminierungen widersprochen. Wie auch dem Slogan nicht „Leben wie bei Kohl und arbeiten wie bei Honecker", was die Ostdeutschen quasi zu Schmarotzern erklärte oder dem Urteil, Ursache für rechtes Gedankengut im Osten sei das „Zwangstopfen" in den Kinderkrippen der DDR. Nicht vergessen auch die Kampagne gegen die

[6] Wer bestreitet, es gäbe in der Bundesrepublik ein staatlich verordnetes Geschichtsbild über die DDR, den erinnere ich an den Auftrag der Bundesregierung, „die DDR zu delegitimieren", an den Bericht einer Enquetekommission des Deutschen Bundestages sowie an die Reden von Bundespräsident a. D. Köhler und von Bundespräsident Steinmeier zu Jahrestagen der Ereignisse vom 9. Oktober 1989 in Leipzig.

[7] A. Baring: Deutschland, was nun? Siedler, München 1991.

Roten Socken, in deren Folge nicht wenige DDR – Bürger durch Selbstmord aus dem Leben geschieden sind. Bis in die Gegenwart hinein wird keine Statistik darüber veröffentlicht, wer aus Verunglimpfung, Verurteilung, oder finanzieller Not im Zusammenhang mit der deutschen Einheit aus dem Leben ging.

Man kann sich bei diesen Diskriminierungen von DDR-Bürgern nicht darauf zurückziehen, dass es sich um freie Meinungsäußerungen handelt. Was hatte doch Justizminister Kinkel am 23. September 1991 auf dem 15. Deutschen Richtertag in Köln gesagt? »Sie, meine Damen und Herren, haben als Richter und Staatsanwälte … eine ganz besondere Aufgabe ...: mit dem fertigzuwerden, was uns das vierzigjährige Unrechtsregime in der früheren DDR hinterlassen hat. ... Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat …»[8]

Die Gaucksche Formel von den 56 Diktaturjahren[9] der Ostdeutschen offenbart nicht nur einen wirren Blick auf die tatsächliche geschichtliche Entwicklung. Diese Variante der Totalitarismus-Doktrin geht über den Vergleich oder die Gleichsetzung der DDR mit der faschistischen Diktatur in den praktischen Folgen noch hinaus. DDR-Staatsnahe werden völlig anders behandelt, als die Bundesrepublik mit den Nazis umging. Nichts mit der Gauck/Birthler/Jahn - Behörde Vergleichbares hat es je auf der Suche nach Naziverbrechern in der Bundesrepublik gegeben.

Wer sich heutzutage gegen Hasskommentare in den sozialen Medien stark macht, kann - wenn er es ehrlich meint - nicht daran vorbeigehen, dass nicht nur mediale Urteile über die DDR seit Jahrzehnten in erheblichem Maße Hasskommentare sind. Den absurden Vorwurf, den der damalige „Ostbeauftragte“ der Bundesregierung vor einem Jahr erhob, DDR - Bürger hätten vierzig Jahre auf der „falschen Seite der Geschichte gestanden“ zeigt die Arroganz der Mächtigen. Wer bitteschön, bestimmt, wo die richtige Seite war? Dieser Mann war 1989 gerade einmal 13 Jahre alt. Dennoch erinnert er sich „ganz genau“ daran, dass die Ostdeutschen das Pech gehabt hätten, „40 Jahre auf der falschen Seite der Geschichte gestanden“ zu haben. Dieses Nachplappern geistloser Stereotype aus den Jahren des kalten Krieges stimmt nun aber keineswegs mit Erfahrungen vieler DDR-Bürger überein. Wenn inzwischen nicht wenige Ostdeutsche die Vereinigung für nicht gelungen halten und sich gar mehr als die Hälfte als „Bürger zweiter Klasse“ fühlt, müssten sich doch die Regierenden endlich einmal fragen, wo dafür die Ursachen liegen?

Frau Merkel aber will laut eigener Bekundungen zum Einheitsjubiläum nur jenen Respekt entgegenbringen, die «Opfer des SED – Regimes» waren und die gegen das Regime gekämpft hätten. Damit entwertet sie auch ihr eigenes Leben. Ohne ihre exzellente Ausbildung in der DDR hätte sie wohl kaum die intellektuelle Qualifikation gehabt, Regierungschefin der Bundesrepublik zu sein. Gleichzeitig ist ihre Fokussierung nur auf die Gegner der DDR eine weitere Ausgrenzung von Millionen Menschen, die die DDR als ihren Staat ansahen, die aber heute verfassungstreue Bundesbürger sind.

Den Regierenden ist offensichtlich bis in unsere Tage hinein entgangen: DDR-Bürger hatten nicht nur die Trümmer des Zweiten Weltkrieges beseitigt, Städte und Dörfer wieder bewohnbar gemacht, wertvolle kulturhistorische Bauten wieder errichtet, sondern auch zahlreiche neue

[8] Justizminister Kinkel vor Staatsanwälten und Richtern auf dem 15. Deutschen Richtertag in Köln am 23. September 1991.
[9] Als Pfarrer Gauck am 18. März 2012 zum Bundespräsidenten gewählt wurde, bedankte er sich mit den Worten «nach 56-jähriger Herrschaft von Diktatoren» endlich Bürger geworden zu sein. Er wirft damit 12 Jahre Hitlerbarbarei, 4 Jahre sowjetisch besetzte Zone und 40 DDR-Jahre in einen Topf.

Betriebe, Straßen, Stadtteile und Städte mit modernen Wohnungen, Schulen, Kinderkrippen und Kindergärten, Ambulatorien, Krankenhäusern Sport- und Kulturstätten geschaffen. Nicht zu vergessen, dass jene historischen Gebäude, in denen sich die heute Regierenden selbst feiern, von der DDR wiederaufgebaut wurden: Das Schauspielhaus Berlin, die Semperoper Dresden, das Gewandhaus Leipzig und vieles mehr. Es gab 1945 nichts, aber auch gar nichts, was die SED hätte runter wirtschaften können, wie ihre Gegner behaupten
Ich erinnere mich an den Besuch von Erich Honecker 1987 in der Krupp - Villa Hügel in Essen. Dort traf er führende Vertreter der westdeutschen Wirtschaft, darunter Berthold Beitz von der Krupp AG und Otto Wolff von Amerongen vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag. 300 Vertreter der Großindustrie und der mittelständischen Wirtschaft buhlten um seine Gunst. Sie alle waren sachkundige Kenner der DDR-Wirtschaft. Sie trafen sich doch nicht mit dem DDR-Staatsoberhaupt, weil sie eine „marode Wirtschaft“ unterstützen wollen. Sie witterten gute Geschäfte.

Selbst wer subjektiv die DDR „hinter sich lassen“ möchte - man lässt ihn einfach nicht. Schafft es zum Beispiel ein Ostdeutscher in den erlauchten Kreis der Verlagseigentümer einzutreten, der sonst nur den dafür ausgewählten reichsten westdeutschen Familien zusteht, wird sofort die „STASI[10]-Akte“ gezückt. Eine bewährte Waffe gegen jede Konkurrenz. So soll es nun noch bis zum Jahr 2030 bleiben. Die Frage aber, wann endlich auch nach dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes angegeben werden muss, wer für den rechtslastigen Bundesverfassungsschutz arbeitet, dessen Rolle bei den NSU Morden mehr als zweifelhaft ist, wird nicht sachlich beantwortet, sondern ideologisch als „Ohrfeige für die Opfer des DDR-Regimes“ gedeutet.

Oder nehmen wir den Wirbel um die Wahl einer antikapitalistisch gesinnten Linkspolitikerin als Verfassungsrichterin in Mecklenburg – Vorpommern. Antikapitalismus gehörte einst zum Programm der Nachkriegs CDU. Heute wird solches vom Verfassungsschutz verfolgt. Was der Verfassungsrichterin von Geschichtsvergessenen als verfassungsfeindlich unterstellt wird, hat der Sozialdemokrat Egon Bahr vor dem Landgericht Berlin so formuliert: „Als Präsident Reagan bei seinem Berliner Besuch am Brandenburger Tor seine berühmte Rede hielt, wandte er sich an Gorbatschow und nicht an Honecker mit der Aufforderung, die Mauer zu beseitigen. Es wäre in der Tat lächerlich gewesen, so zu tun, als ob die Verantwortung an der Spree oder an der Panke gelegen hätte. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt bezeichnete in seinem Brief an den amerikanischen Präsidenten die Vorgänge als einen ‚sowjetischen illegalen Schritt‘ und John F. Kennedy antwortete sehr ernüchternd für uns, sehr klar und definitiv: „Die Schließung der Grenze zeigt eine grundsätzliche sowjetische Entscheidung, die nur Krieg verändern könnte.“ Und weiter: „Die Beseitigung der Mauer ist niemals Gegenstand eines westlichen Vorschlags oder Thema von Verhandlungen geworden. Alle westlichen Hauptstädte gingen vom Status quo aus, der grundsätzlichen sowjetischen Entscheidung, wie Kennedy formuliert hatte, die nur durch Krieg verändert werden könnte, und keine Seite wollte ihn.“[11]

Nichts anderes hat Frau Borchardt inhaltlich gesagt, nur kürzer und mit eigenen Worten. Warum eigentlich darf nicht auch eine Linke ohne Verdächtigungen sagen, was sachkundige Zeitzeugen aus dem Westen vor ihr längst ausgesprochen hatten? Oder werden jetzt auch Brandt und Bahr denunziert, unbelehrbar zu sein? Das Thema Mauer ist so emotional, dass unsere Gegner es immer wieder ans Tageslicht befördern werden, ohne ihren jahrzehntelangen brutalen

[10] Selbst benutze ich das Kürzel „Stasi“ nicht. Nicht nur, weil es historisch korrekt „MfS“ (Ministerium für Staatssicherheit) heißen müsste, sondern weil inzwischen „STASI“ und „GESTAPO“ zu Wortpaaren gemacht wurden wie beispielsweise Faschismus und Sozialismus. Damit wurde es ein ideologischer Kampfbegriff, der keiner wirklichen Aufarbeitung der Geschichte dienen kann.

[11] Egon Bahr „Aussage vor dem Landgericht im Prozess gegen Krenz u.a. am 15. Mai 1997 in Berlin“.

kalten Krieg gegen die DDR auch nur zu erwähnen.

Selbstverständlich wäre es für die DDR besser gewesen, es hätte keine militärisch gesicherte Grenze geben müssen und die Bürger hätten reisen können. Mauer und Reiseeinschränkung sind schließlich keine ursächlich sozialistischen Werte. Walter Ulbricht, der dem BBC Korrespondenten Paul Oestreicher 1962 ein Interview gab, war sich dieses „Dauerbrenners“ durchaus bewusst. Er drückte in aller Kürze aus, worum es ging: »Jeder Schuss an der Mauer ist zugleich ein Schuss auf mich. Damit liefere ich dem Klassenfeind die beste Propagandawaffe. Den Frieden aufs Spiel zu setzen, würde aber unendlich mehr Leben kosten.«[12]
Längst geht es hier nicht nur um die Vergangenheit. Es geht vor allem um das offenbar tief verwurzelte antikapitalistische Potential, das im Osten Deutschlands immer noch lebendig ist. In jeder Haushaltsdebatte des Bundestages wird das angeblich marode „DDR-Erbe“ bemüht, wenn man die eigenen Systemschwächen bagatellisiert. Man beruft sich immer wieder auf ein inzwischen vergilbtes und schon bei seiner Behandlung im Politbüro am 30. Oktober 1989 überholtes Papier, nennt es unzutreffend „Schürer-Papier“, der in seinem Buch „Gewagt und verloren“ schon 1996 die westdeutsche Interpretation der 1989 unrichtigen Zahlen zurückgewiesen hat. Es ist schwer zu verstehen, dass sie ihrem eigenen Geldinstitut, der Deutschen Bundesbank, misstrauen. Es gibt einen Bericht von ihr unter dem Titel „Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989.“ Darin heißt es, Ende 1989 betrug „die Nettoverschuldung der DDR 19,9 Milliarden Valutamark« umgerechnet in Euro nicht einmal zehn Milliarden. Von einer solchen Summe geht kein Staat bankrott.

Indem man aber behauptet, die DDR sei bankrott gewesen, kann man verdecken, dass sich der wirkliche Kollaps der DDR-Industrie erst nach dem Anschluss der DDR an die BRD ereignete: Nach dem 1. Weltkrieg wurde gegenüber dem Vorkriegstand von 1913 noch 57% produziert. Nach dem 2. Weltkrieg 1946 im Verhältnis zum Vorkriegstand von 1938 immerhin noch 42%, 1992 auf dem Höhepunkt der Privatisierung des Volkseigentums gegenüber dem vorletzten Jahr der DDR nur noch 31 Prozent.

Das tatsächliche Problem war 1990 nicht eine vermeintlich marode Wirtschaft der DDR. Der Kern war ein ganz anderer: Vieles in der Wirtschaft gab es zweimal in Deutschland. Einmal musste sterben. Nicht nur, was eventuell marode war, sondern auch das Moderne. Das Sterben hat die Treuhand organisiert, aber nicht aus eigenem Antrieb. Es war politisch so gewollt. Das Volkseigentum der DDR wurde verscherbelt. 85% davon erhielten Eigentümer aus dem Westen, 10% gingen ins Ausland und knappe 5 % blieben im Osten. Die Bundesrepublik übernahm von der DDR etwa 8.000 Betriebe, 20 Milliarden Quadratmeter Agrarflache, 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien, Forsten, Seen, 40.000 Geschäfte und Gaststatten, 615 Polikliniken, 340 Betriebsambulatorien, 5.500 Gemeindeschwesternstationen, Hotels, Ferienheime, das beträchtliche Auslandsvermögen der DDR, Patente, Kulturgüter, geistiges Eigentum und manches mehr.[13]

Die DDR hinterließ der Bundesrepublik keine Erblast in Höhe von 400 Milliarden DM – wie behauptet wird, sondern ein Volksvermögen von 1,74 Billionen Mark an Grundmitteln und 1,25 Billionen Mark im produktiven Bereich - ohne den Wert des Bodens und den Besitz von Immobilien im Ausland gerechnet. Das soll natürlich nicht heißen, dass wir keine Schwierigkeiten in der Wirtschaft gehabt hätten. Sie waren auch nicht lapidar. Aber die Totalkritiker der DDR begreifen nicht, dass die DDR - Gesellschaft bei allen Schwächen, die ihr leider auch anhafteten, ihre eigenen lebenswerten Ideale und Werte hatte, die in Jahrzehnten gewachsen waren. Nicht der Ellenbogen, sondern das Bemühen um kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe in den Arbeitskollektiven bestimmte den Alltag. Gerade

[12] Vergleiche: Berliner Zeitung, 24. Oktober 2009.

[13] Die Zahlen nennt Herbert Graf in „Ossietzky“ 16/2018. Zahlen zur Ökonomischen Situation der DDR stammen aus den Erinnerungen von Gerhard Schürer aus seinem Buch „Gewagt und verloren.“

das sind Werte, die nach 1990 vermisst werden. Kein Anhänger des Kapitalismus wird je verstehen können oder verstehen wollen, dass Kooperation statt Konkurrenz, Miteinander statt Gegeneinander, Verständnis statt Ausgrenzung, Friedliches statt Kriegerisches wirklich gelebt werden konnte und dass dies keineswegs eine Illusion, sondern Realität in der DDR war. Der schwierige Weg vom „Ich zum Wir“, der in vierzig Jahren reifte, wurde mit der deutschen Einheit schroff umgekehrt. Es gibt wieder den alltäglichen kapitalistischen Individualismus, mit dem viele nicht klarkommen. „Jeder gegen Jeden“ und „Jeder ist sich selbst der Nächste“, diese Moral war in der DDR nicht mehr zu Hause. Nie mehr Bereicherung des einen durch die Arbeit des anderen - das war Verfassungsgrundsatz. Niemandem war erlaubt, sich an der Arbeit des anderen zu bereichern. Der Mensch war kein Marktfaktor, den man wie eine Schachfigur hin und her schieben konnte. Nicht das Geld, sondern schrittweise, wenn auch durchaus widerspruchsvoll, das menschliche Miteinander war das Wichtige.

Ein bekannter DDR - Wissenschaftler, Soziologe von Haus, dessen Namen ich nicht nenne, weil ich nicht riskieren möchte, dass seine wertvollen aktuellen wissenschaftlichen Publikationen die Bosheiten bestimmter Medien auf sich ziehen, schrieb mir unlängst: „Je mehr ich über unser gewesenen Land nachdenke und je öfter ich in den vergangenen Jahren mit Ost-West-Unterschieden in meinen Untersuchungen zu tun hatte, desto mehr sehe ich mich in der Erkenntnis bestätigt, dass die DDR ein Unikat von bleibender historischer Bedeutung ist.“

Unikat ist ein treffendes Wort für das, was die DDR war. Sie war nach der Wiederbelebung kapitalistischer Verhältnisse in Westdeutschland und dem Aufstehen alter Nazis die **einzig vernünftige** Alternative zu einem Deutschland, das für zwei Weltkriege und die grausame faschistische Diktatur verantwortlich war. Als in den Nachkriegsjahren im Westen wieder alte Nazis Lehrer, Juristen oder Beamte sein durften, fand im Osten eine antifaschistisch - demokratische Umwälzung statt. 7136 Großgrundbesitzer und 4142 Nazi- und Kriegsverbrecher wurden entschädigungslos enteignet. 520 000 ehemalige Nazis wurden aus öffentlichen Ämtern entfernt. Am 30. Juni 1946 stimmten mehr als 72,00 % der Bürger Sachsens in einem Volksentscheid für die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher.[14] In Ostdeutschland kam Junkerland tatsächlich in Bauernhand; kein Nazi durfte Lehrer sein. In Schnellverfahren wurden 43 000 Frauen und Männer zu Neulehrern ausgebildet, die zwar manchmal – wie es damals hieß - nicht genau wussten, ob man Blume mit oder ohne „h“ schreibt - dafür aber Mut hatten, dem Ruf eines FDJ - Liedes zu folgen: „Um uns selber müssen wir uns selber kümmern, und heraus gegen uns, wer sich traut“. Nazis durften kein Recht sprechen, Volksrichter wurden gewählt, Fakultäten entstanden, die dafür sorgten, dass Arbeiter und Bauern auf die Hochschulen kamen.

Die DDR ist der deutsche Staat, der nie einen Krieg geführt hat. Kein NVA - Soldat hat je seinen Fuß zu Kampfeinsätzen auf fremdes Territorium gesetzt. Allein das rechtfertigt, sich der DDR mit größtem Respekt zu erinnern. Einzigartig an der DDR war: Ein Drittel Deutschlands war über 40 Jahre dem Zugriff des deutschen Kapitals entzogen. Das ist aus der Sicht unserer politischen Gegner die eigentliche Sünde der DDR, die uns niemals vergeben wird.

Die DDR war für mich immer die deutsche **Heimstatt** des Antifaschismus. Ein Globke, ein Filbinger, ein Oberländer oder auch ein NSDAP – Mitglied Kissinger hätten in der DDR nie eine Chance auf ein hohes Amt gehabt. Ich habe mir oft die Frage gestellt: Warum eigentlich gingen Geistesschaffende und Künstler wie Bert Brecht, Anna Seghers, Arnold Zweig, Johannes R. Becher, Stefan Hermlin, Friedrich Wolf, Max Lingner, Lea Grundig, Theo Balden, Wieland Herzfelde, Helene Weigel, Hanns Eisler, Bodo Uhse, Erich Weinert, Ernst Busch, Ludwig Renn, Wolfgang Langhoff, Eduard von Winterstein, Hedda Zinner, Gustav von Wangenheim und viele

[14] Die Zahlen stammen aus den Büchern „Illustrierte Geschichte der DDR“, herausgegeben Dietz Verlag Berlin 1984 und „DDR“, herausgegeben 1989 im VEB F. A. Brockhaus Verlag Leipzig.

andere nicht nach Westdeutschland, sondern kamen in die Ostzone bzw. später in die DDR? Haben sie sich nicht gerade deshalb für die DDR entschieden, weil sie hier die Möglichkeit sahen, Krieg und Faschismus endgültig aus dem Leben der Menschen zu verbannen? Brecht hat sich zur DDR, die damals noch sowjetisch besetzte Zone hieß, mit den Worten bekannt: „Ich habe keine Meinung, weil ich hier bin, sondern ich bin hier, weil ich eine Meinung habe."

Nationalhymne der
Deutschen Demokratischen Republik
Text (J. R. Becher)

Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, laßt uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland. Alte Not gilt es zu zwingen, und wir zwingen sie vereint, denn es muß uns doch gelingen, daß die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint.

Glück und Frieden sei beschieden Deutschland, unserem Vaterland!
Alle Welt sehnt sich nach Frieden!
Reicht den Völkern euere Hand.

Wenn wir brüderlich uns einen, schlagen wir des Volkes Feind.
Laßt das Licht des Friedens scheinen, dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint!

Laßt uns pflügen, lasst uns bauen, lernt und schafft wie nie zuvor, und der eigenen Kraft vertrauend steigt ein frei Geschlecht empor.

Deutsche Jugend, bestes Streben unseres Volkes in dir vereint, wirst du Deutschlands neues Leben, und die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint.

Die Gründung der DDR 1949 lässt sich historisch nicht einordnen, ohne die Situation des Jahres 1945. Wäre es nämlich nach dem Willen der UdSSR und der deutschen Kommunisten gegangen, wäre aus Deutschland – und zwar dem Ganzen und nicht nur dem halben „ein antifaschistische(s), demokratische(s) Regime, eine parlamentarisch-demokratische(n) Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk"[15] geworden. So steht es im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, der auch enthielt „Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland".

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus", kam 1945 nicht als Weckruf aus den Westzonen, im Gegenteil, es verhallte dort im Makel einer unbewältigten Aufarbeitung des Hitlerfaschismus. Zu uns drang dieser Appell aus Buchenwald und wurde eine Maxime für das Leben: „Die Vernichtung des Nazismus mit all seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens ist unser Ziel". Dieser Schwur von Buchenwald war das Fundament, auf dem die Deutsche Demokratische Republik am 7. Oktober 1949 gegründet wurde.

Von ihrer Gründung erfuhr ich als 12-Jähriger. Noch nicht am 7. Oktober 1949, erst einige Tage später. Eigentlich durch Stalin. Mein Klassenlehrer verlas ein Telegramm von ihm, gerichtet an Präsident Wilhelm Pieck, von Beruf Tischler, und Ministerpräsident Otto Grotewohl, gelernter Buchdrucker. Zweierlei habe ich mir damals eingeprägt und bis heute nicht vergessen: An der Spitze des neuen Staates standen Arbeiter, die gegen Hitler gekämpft hatten. Antifaschistische Widerstandskämpfer. Ein epochaler Unterschied zu der einige Monate zuvor gegründeten Bundesrepublik, deren Präsident 1933 im Deutschen Reichstag dem Ermächtigungsgesetz der Nazis zugestimmt hatte.

Im Telegramm des sowjetischen Repräsentanten stand ein Gedanke, der mich stark geprägt hat und historischen Bestand hat - bis heute: „Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik", heißt es dort, „ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht"

Wie damals formuliert wurde, genauso ist es gekommen. Solange die UdSSR und an ihrer Seite

[15] Siehe Aufruf des Zentralkomitees

die DDR bestanden, gab es in Europa keinen Krieg. Das Verschwinden beider Staaten aus der Geschichte ist wiederum ein europäischer Wendepunkt. Kriege wurden nach 1990 wieder möglich. Sogar mit deutscher Beteiligung.

Zum Gründungsmotiv der DDR gehörte auch die deutsche Einheit. Es hätte die DDR nie gegeben, wenn nicht zuvor der Separatstaat Bundesrepublik geschaffen worden wäre. „Dass ein gutes Deutschland blühe, wie ein andres gutes Land“, hatte sich Bert Brecht gewünscht. Und Bechers Text „Deutschland, einig Vaterland“ war der beste Gegenentwurf zu „Deutschland, Deutschland über alles.“ Dass es damals nicht zu einem einheitlichen Deutschland kam, liegt nicht nur, aber wesentlich an der alten Bundesrepublik. Als ihr Grundgesetz vorbereitet wurde, verkündete einer seiner Väter, „alles deutsche Gebiet außerhalb der Bundesrepublik ist als Irredenta anzusehen“[16], also als Gebiet unter Fremdherrschaft, „deren Heimholung mit **allen** Mitteln zu betreiben wäre." Und: Wer sich dem nicht unterwerfe, hieß es, sei „als Hochverräter zu behandeln und zu verfolgen"[17].

Das Szenario also für den Umgang des westdeutschen Staates mit den Ostdeutschen stammt schon aus einer Zeit, als die DDR noch gar nicht existierte, als sie all die Untaten, die man ihr heute zuschreibt, noch gar nicht vollbracht haben konnte. Es war Konrad Adenauer, der erklärte: „Was östlich von Werra und Elbe liegt, sind Deutschlands unerlöste Provinzen. Daher heißt die Aufgabe nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung. Das Wort Wiedervereinigung soll endlich verschwinden. Es hat schon zu viel Unheil gebracht. Befreiung ist die Parole.“[18] Was hängte man der DDR nicht alles an? „Russenknechte“ waren wir, „Vollstrecker Stalins Willen in Deutschland“, auch „Zonenheinis“ nannte man uns. Für Adenauer begann an Elbe und Werra Sibirien. Soviel Unsinn ließ sich dann nicht mehr aufrechterhalten, als die UNO beide deutsche Staaten als gleichberechtigt anerkannte und 134 Länder mit der DDR diplomatische Beziehungen aufnahmen.

Nach 1990 ist man wieder zu dem irren Geschichtsbild aus den Anfangsjahren der Bundesrepublik zurückgekehrt. Solange nicht offen darüber gesprochen wird, wer Deutschland wirklich gespalten hat, wird es keine wahrheitsgemäße Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsgeschichte geben können.

Im Herbst 1989 stand die DDR an einem Scheideweg: Die eine Richtung hätte zu einer gewaltsamen Zuspitzung der Konflikte bis hin zum Bürgerkrieg führen können. Darauf setzten zunächst die USA, ihre Verbündeten und deren Geheimdienste. Sie nutzten die Unzufriedenheit der Bevölkerung, um Angst vor möglicher Gewalt in der DDR zu schüren. Sie brauchten Chaos. Beispiele gab es ja in Gorbatschows Sowjetunion: In Georgien, Kasachstan und den baltischen Sowjetrepubliken wurden militärische Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung ausgetragen.

In einem geheimen Papier der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR an die Bundesregierung in Bonn, das sich in meinem Archiv befindet, wurde die politische Konzeption der Angstmache entwickelt. Als abzusehen war, dass ich Honecker ablösen könnte, begann in der Bundesrepublik eine Medienkampagne gegen mich. In dem Papier heißt es: Krenz zeige seine Entschlossenheit, „im Ernstfall alle staatlichen Machtmittel einzusetzen.“[19] Diese durch nichts bewiesene Formulierung tauchte bald auch in den bundesrepublikanischen Medien auf und kam auf diese Weise auch in die DDR. Als später die Familienministerin im Kabinett Schröder behauptete: „Schließlich hat Egon Krenz im Herbst 1989 mit dem Platz des Himmlischen

[16] Das Wort Irredenta steht auch für ein nicht befreites, unter Fremdherrschaft stehendes Gebiet. Siehe Manfred G. Schmidt „Wörterbuch zur Politik“, Alfred Kröner Verlag, 1995.

[17] Siehe: Verfassungskonvent vom Herrenchiemsee vom 10. bis 23. August 1948. Protokolle der Sitzungen der Unterausschüsse, Unterausschuss I: Grundsatzfragen, Bundesarchiv (Koblenz).

[18] Konrad Adenauer, "Rheinischen Merkur" vom 20. Juli 1952.

[19] Bericht der Ständigen Vertretung der BRD an die Bundesregierung „Innere Lage der DDR nach dem 8. ZK-Plenum“.

Friedens gedroht“, habe ich die Angelegenheit gerichtlich klären lassen. Das Landgericht Hannover hat ihre Behauptung mit einem Urteil vom 6. Januar 1999 als „ehrabschneidend“ eingestuft und Frau Bergmann aufgegeben, zu unterlassen, diese zu wiederholen[20].

Gewalt war keine Lösung. Die andere Richtung war eine Wende in der Politik der DDR. Zurück zum Anspruch der DDR, ein Staat des Volkes zu sein. Dafür trat ich ein, als ich am 18. Oktober Erich Honecker ablöste. Als ich das erste Mal von einer „Wende“ sprach, erinnerte ich mich an ein Wort meines Freundes Hermann Kant. Der hatte in der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ auf die Frage, was das Beste sei an der DDR, gesagt: „, Dass es sie gibt“. Und das Schlechteste? „Dass es sie so wie derzeit gibt“. Das war eine dialektische Betrachtung zu einer Zeit, als die immer stärker werdende Kluft zwischen der Realität und den Idealen der DDR geschlossen werden musste. Mir wird vorgeworfen, keine Konzeption für die Wende gehabt zu haben. Das ist nur zum Teil richtig. Eine Konzeption für „Deutschland, einig Vaterland“ hatte ich und wollte ich nicht. In Richtung deutsche Einheit hat mein Wendebegriff nie gezeigt. Ich glaubte damals noch, es wäre möglich, die DDR im Innern zu verändern. Die Zweistaatlichkeit wollten damals ja nicht einmal Vertreter der DDR-Opposition verändern. Bärbel Bohley zum Beispiel äußerte sich in einem Interview mit der französischen Zeitung Figaro über Wiedervereinigungsgedanken: »Nein. Das ist ein Thema für Wahlkampagnen in Westdeutschland. Nach vierzig Jahren gibt es zwei verschiedene Gesellschaften. Die westdeutsche Lebensweise ist uns ganz und gar fremd [...]. Was die BRD will, ist eine Vereinigung, bei der sie ihr Modell durchsetzt. Die Ostdeutschen wollen sich aber nicht 40 Jahre ihrer Geschichte entledigen.«
Wolfgang Ullmann von der Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ wurde gefragt: „In der Frage der Souveränität zieht die Opposition mit der SED an einem Strang?“ Der Kirchenhistoriker antwortete: „Ja, ich schäme mich nicht, das zu sagen … Im Übrigen gehöre ich zu den Leuten, die gar kein Hehl daraus machen, dass sie sich in Bezug auf die antifaschistische Grundentscheidung immer an der Seite der Kommunisten auch in unserem Land gewusst haben.“[21]
Die Vertrauensleute des Deutschen Theaters Berlin wandten sich in einem Brief an Bundeskanzler Kohl, in dem es hieß: »Mit zunehmender Verärgerung beobachten wir Ihren Einsatz für Demokratie in der DDR, hören Ihren Ruf nach freien Wahlen in unserem Land, von denen Sie die wirtschaftliche Zusammenarbeit abhängig machen wollen. Das Volk der DDR hat seine Reformen selbst erkämpft und wird es auch künftig tun. In dem hart geführten Dialog mit unserer Regierung und der SED benötigen wir keine politische Schützenhilfe Ihrer Regierung und ihrer Partei. [...] Wir haben nichts dagegen, wenn Sie, Herr Bundeskanzler, für freie Wahlen auf die Straße gehen, aber wir wollen Sie nicht unter den Trittbrettfahrern unserer Reformbewegung sehen. [...] Was sollen das außerdem für freie Wahlen sein, die mit dem Geld der Bundesrepublik erkauft werden?«[22]Nach eigener Bekundung wollte dies damals auch Herr Eppelmann. Noch am 24. Oktober 1989 schrieb er in einem Brief an mich, den auch Pfarrer Schorlemmer unterzeichnet hatte: „Uns geht es um die Entwicklung von Demokratie und Sozialismus in unserem Land.“

Eine Konzeption für Reformen in der DDR gab es auch bei uns. Sie wurde unter Leitung von Siegfried Lorenz[23] erarbeitet und auf der 10. Tagung des ZK beschlossen. Durch die Grenzöffnung am 9. November wurde sie in der Öffentlichkeit kaum noch wahrgenommen.
Einer der Mitautoren, der Völkerrechtler Professor Gregor Schirmer, hat sie in seinen Erinnerungen wie folgt zusammengefasst: „Reform des politischen Systems; freie und geheime Wahlen

[20] Landgericht Hannover, Urteil vom 6. Januar 1999.

[21] Interview mit Wolfgang Ullmann, taz vom 18. November 1989.
[22] Neues Deutschland“ vom 24. November 1989.
[23] Siegfried Lorenz war langjähriger 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl – Marx – Stadt, gehörte dem SED-Politbüro seit 1985 an und war im November 1989 Mitglied des Politbüros und Sekretär des SED-Zentralkomitees. Aus dem Politbüro, das bis Oktober 1989 bestand, leben noch Egon Krenz, Siegfried Lorenz und Margarete Müller.

unter öffentlicher Kontrolle, Rückgewinnung der Souveränität der Volkskammer und der anderen Volksvertretungen; Wirken neuer politischer Vereinigungen. – Sozialistischer Rechtsstaat; Errichtung eines Verfassungsgerichtes; gesetzliche Absicherung der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit; - Wahrung der Unabhängigkeit der Richter. Tiefgreifender Wandel in der Informations- und Medienpolitik. Freie Medien mit Offenheit, Wahrhaftigkeit, Kompetenz und Verantwortungsbewusstsein. – Umfassende Wirtschaftsreform; an den Marktbedingungen orientierte sozialistische Planwirtschaft, realer Plan 1990; Uneingeschränkte Entwicklung der LPG und VEG; Großzügige Förderung von Handwerk und Gewerbe. – Geistige Erneuerung; Sicherung der künstlerischen Freiheit gegenüber Bevormundung, Gängelei und administrative Eingriffe; Abschaffung der Zensur und Genehmigungspflicht für das Erscheinen von Büchern und Aufführung von Theaterstücken. – Förderung und Achtung der Wissenschaft und Reform des Bildungssystems. – Erneuerung der Partei und kritisch – konstruktive Diskussion aller Parteiangelegenheiten; Sicherung der innerparteilichen Demokratie von unten nach oben; Begrenzung der Zeitdauer für die Ausübung von Wahlfunktionen; Sicherung der Priorität der gewählten Leitungen gegenüber den Organen und Apparaten. Ausarbeitung einer strategischen Konzeption für einen grundlegend erneuerten Sozialismus in den neunziger Jahren.“[24] Dieses Programm wurde zwar noch inhaltliche Grundlage der Rede von Ministerpräsident Modrow auf der anschließenden Volkskammertagung, verschwand dann aber schnell aus den Medien. Ihr wesentlicher Makel: Sie kam viel, viel zu spät. 1985 hätte sie wahrscheinlich noch viel bewirken können.

Im Rückblick werden die Herbstereignisse durch Politik und Medien politisch im Sinne der später folgenden Vereinigungspolitik instrumentalisiert und falsch dargestellt. Altbundesspräsident Köhler zum Beispiel hielt am 09. Oktober 2009 im Gewandhaus in Leipzig eine Rede, in der er allen Ernstes behauptete:
„Vor der Stadt standen Panzer, die Bezirkspolizei hatte Anweisung, auf Befehl ohne Rücksicht zu schießen. Die Herzchirurgen der Karl-Marx-Universität wurden in der Behandlung von Schusswunden unterwiesen und in der Leipziger Stadthalle wurden Blutplasma und Leichensäcke bereitgelegt“.
Fritz Streletz, der langjährige Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, und ich haben dem gegenwärtigen Bundespräsidenten Steinmeier in Vorbereitung seiner Rede zum 30. Jahrestag der Leipziger Ereignisse 2019 in einem Brief gebeten, diese Unwahrheit zu korrigieren. Aus eigenem Wissen und an Hand vorhandener Dokumente teilten wir mit: «In oder vor der Stadt gab es keine Panzer, auch existierte zu keiner Zeit ein Befehl zum Schießen. Weder wurden Herzchirurgen zur Behandlung von Schusswaffen eingewiesen noch Leichensäcke bereitgelegt.»

Leider nahm Bundespräsident Steinmeier dies nicht zur Kenntnis. An einer Stelle seiner Rede sagte er dessen ungeachtet, die Geschichte wäre anders verlaufen, hätte nicht Gorbatschow die SED - Führung zur Zurückhaltung gemahnt. Eine solche Aussage unterstellt, dass die DDR - Führung entschlossen gewesen wäre, Gewalt einzusetzen. Die Wahrheit lautet: Gorbatschow hat weder explizit noch implizit die SED-Führung zur Zurückhaltung ermahnt. Dies war auch nicht nötig. Die Entscheidung zur Gewaltlosigkeit im Herbst 1989 wurde allein in Berlin, also von der DDR-Führung, im vollen Bewusstsein ihrer Verantwortung getroffen. Es geht hier nicht um Wortklauberei, sondern um geschichtliche Vorgänge und deren Deutung. Im Weiteren natürlich auch um das Urteil, welches nachfolgende Generationen über historische Prozesse in der DDR fällen werden
Ähnlich verhält es sich mit der nachträglichen Interpretation des Aufrufes der „Leipziger Sechs“. Er wird als Appell zu einer Freiheitsbewegung ausgelegt, die man am liebsten in der Tradition der Revolutionen von 1848 und 1918 sieht. Das gibt der Text aber nicht her. Es gab am 9. Oktober 1989 keinerlei Forderungen nach Abschaffung der DDR. Nicht einmal der Rücktritt der Regierung wurde verlangt. Der Dirigent Kurt Masur, der

[24] Vergleiche: Gregor Schirmer, „Ja, ich bin dazu bereit“, Eine Rückblende, Verlag am Park, 2014.

Theologe Dr. Peter Zimmermann, der Kabarettist Bernd-Lutz Lange sowie die Sekretäre der SED-Bezirksleitung Dr. Kurt Meier, Jochen Pommert und Dr. Roland Wötzel hatten die Bevölkerung zur Besonnenheit aufgerufen. Es ist nützlich, sich des Originaltextes zu erinnern: *„Unsere gemeinsame Sorge und Verantwortung haben uns heute zusammengeführt. Wir sind von der Entwicklung in unserer Stadt betroffen und suchen nach einer Lösung. Wir alle brauchen freien Meinungsaustausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land. Deshalb versprechen die Genannten heute allen Bürgern, ihre ganze Kraft und Autorität einzusetzen, dass dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird. Wir bitten Sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird.“*

Je weiter wir uns zeitlich vom Ende der DDR entfernen, um so märchen- und boshafter werden die offiziellen Ausfälle gegen sie. Die Kraft, das Geld und die Ressourcen, die man einsetzt, um die DDR zu denunzieren – eine ganze „Aufarbeitungsindustrie“ ist damit beschäftigt – wären sinnvoller angelegt für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass. Nazis, Neonazis und die geistigen Brandstifter in der AfD sind eine Gefahr für Deutschland – nicht aber das Erbe der DDR. In der DDR- Verfassung hieß es übrigens: "Militärische und revanchistische Propaganda in jeder Form von Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhass werden als Verbrechen geahndet."

Seit 1949 wurde der bundesdeutschen Bevölkerung versprochen: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“[25] Das ist bis heute unerfüllt.
Eine Volksbefragung zur deutschen Einheit hat es nie gegeben. Vorschläge für eine gesamtdeutsche Verfassung des Rundens Tisch wurden ignoriert. Die DDR und die BRD standen über 40 Jahre in einem Bürgerkrieg, in einem **kalten** zwar, immer am Rande einer atomaren Katstrophe. Als 1990 die Einheit kam, sah ich den Gewinn darin, dass nunmehr die Gefahr vorbei ist, zwei deutsche Staaten könnten gegeneinander in den Krieg ziehen. Dennoch haben mich viele Fragen gequält: Werden nun neue Mauern errichtet? Mauern gegenüber linken Andersdenkenden? Mauern gegenüber jenen Werten, die aus der DDR in den Prozess der deutschen Vereinigung eingebracht werden könnten? Mauern zwischen den Deutschen und ihren Nachbarvölkern, deren Sicherheitsbedürfnisse zu respektieren sind? Mauern zwischen der NATO und der damals noch existierenden Sowjetunion? Wenn ich mir diese Fragen am Vorabend der „Einheitsjubiläums“ erneut stelle, komme ich zu keiner anderen Erkenntnis als jener: Die Welt von heute ist ohne Sowjetunion und ohne die DDR weder gerechter noch friedlicher geworden. Heute geht es um alles – um Sein oder Nichtsein, Krieg oder Frieden. Da ist es historisch gesehen nicht nur kleinkariert, sondern zukunftsfeindlich, die DDR *als Irrweg deutscher Geschichte zu denunzieren.* Mehr Respekt für alle früheren DDR-Bürger wird nicht gelingen, solange man den Staat, auf dessen Boden diese Leistungen wuchsen, kriminalisiert.

Die Mauer in Berlin ist weg. Sie wurde nach Osten verschoben, besteht nicht mehr zwischen NATO und Warschauer Vertrag, sondern zwischen NATO und Russland. Sie ist dort, wo sie im Prinzip an jenem 22. Juni 1941 verlief, als die Sowjetunion überfallen wurde. Das ist nun wahrlich nicht die Wende, die 1989 auf den Straßen der DDR gefordert wurde. Das sollte Politiker aller Parteien nachdenklich stimmen. Dreißig Jahre nach der staatlichen Einheit sollte es endlich heißen: Ohne Russland kann es keine europäische Friedensordnung geben. Aus der deutschen Politik muss die Russophobie verbannt werden. Deutsche Politiker müssen gegenüber Russland einen anderen Ton anschlagen, der Freundschaft und Zusammenarbeit, nicht aber „Sanktionen“ und „Bestrafungen“ fördert. Von Russland geht keine Gefahr. Abrüstung statt auf Aufrüstung ist das gebot der Stunde.

Der erste Anlauf für eine ausbeutungsfreie Gesellschaft, die Pariser Kommune, überdauerte

[25] Artikel 146 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.

72 Tage, der zweite Anlauf, die Oktoberrevolution, hielt 72 Jahre. Die Weltgeschichte wird einen neuen Anlauf haben. Wann und wie – das weiß heute niemand. Ein Blick nach China macht mir dennoch Hoffnung. China hat geschafft, innerhalb kurzer Zeit ein Volk von 1,4 Milliarden Menschen aus der Armut zu heben und für alle einen bescheidenen Wohlstand in Aussicht zu stellen. Nicht *trotz*, wie seine Gegner sagen, sondern *wegen* der Kommunistischen Partei des Landes, die ein klares Zukunftsprogramm hat. Es ist darauf gerichtet, „eine noch stärker entwickelte Wirtschaft, eine vollständigere Demokratie, modernere Wissenschaften, ein moderneres Bildungswesen, eine noch stärker prosperierende Kultur sowie noch größere gesellschaftliche Harmonie zu schaffen und zudem der Bevölkerung ein noch wohlhabenderes Leben zu ermöglichten, sowie bis zum 100. Gründungstag der Volksrepublik China 2049 die Modernisierung im Wesentlichen zu verwirklichen und China zu einem modernen sozialistischen Staat aufzubauen.“[26] Die politische und wirtschaftliche Stärke Chinas ist für die kapitalistischen Mächte eine ungeheure Herausforderung. Sie schätzen den riesigen Markt, aber sie fürchten die reale Alternative zum zügellos gewordenen kapitalistischen System. Deshalb wird sie Corona auch nicht veranlassen, das Wettrüsten einzustellen und die dann freiwerdenden Ressourcen in die Kräftigung der Humanität zu investieren. Einige Politiker im Westen reden gern davon, dass sich die Welt in einem Krieg gegen das Virus befände. Das ist eine falsche Metapher. Kriege sind Menschenwerk und können durch Menschen verhindert oder beendet werden. Das neue Virus hingegen belehrt uns auf drastische Weise, dass die Herrschaft der Menschheit über die Natur noch ihre Grenzen findet. Bis man sie irgendwann überschreitet, kann das gesellschaftliche Leben auf der ganzen Welt zum Stillstand gebracht sein. Die Bewältigung dieser wie aller Menschheitskrisen unterscheidet sich – jenseits aller kapitalistischen Nebelkerzen – im sozialen Gehalt der gesellschaftlichen Antworten. Wenn Corona beherrscht ist, werden weltweit Fragen bleiben. Wie wollen wir in Zukunft leben? Wie kann die Ellenbogengesellschaft durch eine solidarische ersetzt werden? Wie kann die Logik der Ausbeutergesellschaft, dass der Mensch des Menschen Wolf ist, durch die Aufrichtung sozialer Humanität ersetzt werden? Ein gutes Thema für alle, denen Rosa Luxemburg unter Berufung auf Friedrich Engels schon vor einem Jahrhundert ins Stammbuch schrieb: „Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma, entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei».[27]

[26] Vergleiche: Xi Jinping, Rechenschaftsbericht an den 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas.

[27] Rosa Luxemburg „Die Krise der Sozialdemokratie“, auch als „Junius-Broschüre“ bekannt. In: Gesammelte Werke, Dietz Verlag Berlin 1979, Bd. 4, S. 62

* Der Autorbeitrag "Wendepunkte deutscher Geschichte "/ Von Egon Krenz, wurde zuerst von der GBM (Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrechte und Menschenwürde e.V.) veröffentlicht.

Noch Egon Krenz zur Sache

Egon Krenz. 8. November 2019 / Foto: Soeren Stache/dpa/Archivbild (Quelle: dpa)

Egon Krenz hat die Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gelobt, 2015 die Grenzen für Flüchtlinge nicht zu schließen. "Die Entscheidung, die sie im Zusammenhang mit den Flüchtlingen getroffen hat, hätte ich genauso getroffen. Das ist eine humanistische Frage", sagte Krenz in einem Interview der "Berliner Zeitung" Zu den Wahlerfolgen der AfD im Osten meinte er, dies liege am Versagen aller demokratischen Parteien im Bundestag. Dennoch: "Es gibt keine Kränkung der Ostdeutschen, die groß genug wäre, um AfD zu wählen."